



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/271 - 30.11.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Die westliche Antwort an Moskau	S. 1
Bayern nach der Wahl	S. 3
Unbestrittene Aufbauleistungen /Zur Lage in Hessen/	S. 4

## Ungelöste Fragen und wachsende Sorgen

sp - Fünf Wochen nach der ersten und 14 Tage nach der zweiten Sowjetnote haben die drei Westmächte in Moskau ihre Antwort überreichen lassen, die das alte Spiel des Notenwechsels zwischen West und Ost in der alten Weise fortsetzt. Wenn man die üppige Phraseologie wegstreicht, in der sich die Westmächte genau so ergehen wie die Sowjetunion, dann bleiben drei konkrete Punkte übrig:

Die Ablehnung der sowjetischen Einladung zu einer 23-Nationen-Konferenz, die inzwischen am 29. November als Ostblock-Konferenz in Moskau begonnen hat;  
die Feststellung, dass die Westmächte entschlossen sind, vor jeder Konferenz mit Moskau die Pariser Militär-Verträge zu ratifizieren;  
die Aufzählung eines Fünf-Vorschläge-Programms, das "in der gebührenden Reihenfolge" verwirklicht werden soll, um die Voraussetzung für eine "zweckvolle Konferenz" zu schaffen.

Insgesamt gesehen, dürften die westlichen Kommentare zu dieser Antwortnote wie üblich feststellen, dass die Westmächte eine klare und entschlossene Haltung gezeigt und die Türe zu weiteren Verhandlungen offen gelassen hätten.

Die Bundesregierung hat sich sehr mit der Erklärung beeilt, dass sie Inhalt und Form der Westnote zustimme. Man wird also berechtigterweise annehmen dürfen, dass der Bundeskanzler auch das zeitliche Programm der Westmächte billigt und zu seinem eigenen macht, das die zentrale und vornehmste Forderung des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung auf einen spätrangigen Platz auf der internationalen Tagesordnung rückt. Bis zur Stunde gibt es kein Anzeichen dafür, dass die Westmächte und die Bundes-

regierung von der Vorstellung abzurücken gewillt sind, dass zunächst einmal die Bundesrepublik als sogenannter "souveräner" Staat in den westlichen Militärblock einzugliedern ist, und das auch auf die Gefahr hin, dass als Folge mit der Eingliederung der Sowjetzone in die von Mendès-France begrüßte östliche Verteidigungsgemeinschaft gerechnet werden muß.

Wir stehen als deutsches Volk also vor der Tatsache, dass sowohl die Westmächte, und zwar mit Zustimmung der Bundesregierung, als auch die Sowjetunion bereit sind, zunächst das Faktum einer Vertiefung und Verhärtung der Spaltung Deutschlands hinzunehmen oder gar zu schaffen. Dann sollen auf der Grundlage dieses Status quo der Spaltung Deutschlands erst die Voraussetzungen gefunden werden, die zu einer Wiedervereinigung führen können. Dabei enthält die westliche Antwortnote nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, wann alle diese Maßnahmen getroffen werden sollen.

Nur auf einen Zeitpunkt legt sich der Westen in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler fest: auf das Inkrafttreten der Pariser Verträge, das "so bald wie möglich" erfolgen soll. Für dieses Ziel betont die Westnote die "Entschlossenheit" der Westmächte. Von dieser Entschlossenheit, das Ziel zu erreichen, ist sonst nirgends die Rede, vor allem nicht bei der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Westnote enthält einen Satz, den wir mit Verwunderung gelesen haben: "Was Deutschland betrifft, so nimmt die Regierung der USA die Erklärung der sowjetischen Regierung zur Kenntnis, da eine Lösung des deutschen Problems von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa ist". Was heißt das: die USA nehmen diese Sowjeterklärung "zur Kenntnis"? Ist es nicht auch die Überzeugung der USA und der beiden anderen Westmächte, dass die Lösung des deutschen Problems von entscheidender Bedeutung ist? Wenn diese Frage - wie wir hoffen mit "Ja" beantwortet wird, wo steht das in der Note und warum erschwert man die Lösung dieses Problems nicht nach Kräften, statt es durch die Ratifizierung der Pariser Verträge zu erschweren? Und weiter: Sind die USA mit den Sowjets etwa der Meinung, dass die Lösung des deutschen Problems nur für die Gewährleistung des Friedens von entscheidender Bedeutung ist? Heißt das, dass auch den Westmächten die nationalen Wünsche des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung vor untergeordneter Bedeutung sind? Soll das heißen, dass nun auch der Westen das deutsche Problem nur noch unter dem Gesichtspunkt der Interessenpolitik im internationalen Machtkampf zu betrachten beginnt? Gelten die in der Note so sehr betonten lebenswichtigen Interessen nicht für das ganze deutsche Volk? In der ganzen Westnote ist auch mit keinem Worte davon die Rede, wie und womit der Westen die Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands erzielen will. Wir finden dagegen ein ganzes Bukett von Forderungen, die von der anderen Seite als Voraussetzungen erfüllt werden sollen.

Diese Politik liegt vielleicht im Interesse der Westmächte. Liegt sie aber auch im Interesse des deutschen Volkes? Wir fürchten, dass dieser endlose Notenkrieg und die sich in seinem Schatten kristallisierenden Tatsachen dem gespaltenen deutschen Volk nur neues Leid bringen werden.

Hundhammer als Innenminister ?

M.M. München

Bayern hat seinen neuen Landtag mit einer Wahlbeteiligung von 62,6 Prozent gewählt. Es ist das erste Mal in der parlamentarischen Geschichte Bayerns, dass ein Landtag mit so hoher Wahlbeteiligung gewählt wurde. Besonders die Landbevölkerung ist an die Wahlurnen gegangen, um von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. In den Grenzbezirken stieg die Wahlbeteiligung sogar an einzelnen Orten bis auf 90 und 91 Prozent. Aus dieser hohen Wahlbeteiligung ist der hohe Stimmenanteil von 38 Prozent für die CSU zu erklären, wenn sie auch rund 25 Prozent ihrer Wähler gegenüber der Bundestagswahl von 1953 eingebüßt hat.

Trotz massivster Wahlhilfe durch die bayerische Wirtschaft und die katholische Kirche und mit einem sehr unfairen Wahlkampf ist es der CSU in keiner Weise gelungen, der SPD Wähler abspenstig zu machen. Die Sozialdemokratische Landespolitik hat sich erfolgreich erwiesen, so dass sie die Einbußen bei der Bundestagswahl glatt wieder aufgeholt hat und mit 28,1 Prozent hinter der CSU rangiert.

Welches Ansehen die SPD in Bayern in der Bevölkerung genießt, geht auch aus der Tatsache hervor, dass 29 ihrer Abgeordneten von insgesamt 61 in direkter Wahl gewählt wurden. Besonders in den Großstädten München, Nürnberg, Fürth, Augsburg, Regensburg, Bayreuth und Hof hat die SPD ihre starke Stellung klar unter Beweis gestellt. Sie mußte in diesen Städten nur drei Mandate in direkter Wahl an die CSU abgeben. In München konnte Dr. Josef Müller mit viel Glück das einzige Mandat direkt für die CSU einbringen. Mit nur 44 Stimmen-Mehrheit schlug er seinen sozialdemokratischen Rivalen. Auf Dr. Hundhammer entfielen in Rosenheim nur 156 Stimmen mehr als auf seinen Gegner, den sozialdemokratischen Bürgermeister von Rosenheim Sepp Seewald. Nicht besonders günstig hat die SPD in einigen Grenzbezirken abgeschnitten, obwohl gerade diese Gebiete von Arbeitslosigkeit und großer Not betroffen sind und die SPD sich gerade für das Grenzland ganz besonders eingesetzt hat.

Die Regierungsbildung wird nach diesem Ergebnis und dem vorange-

gangenen Wahlkampf nicht ganz einfach sein. Die CSU wird, nicht zuletzt gedrängt durch Bonn, den Versuch unternehmen, eine Regierung ohne die SPD in Bayern zustande zu bringen. Sie wird erst an die Bayern-Partei herantreten und versuchen "mit einem Teil der Bayernpartei" eine Regierung aufzustellen. Eine solche Regierung könnte sich theoretisch auf 111 Mandate stützen. Ob die Bayern-Partei allerdings bereit ist, sich "enthaupten" zu lassen, steht auf einem anderen Blatt. Offenbar will die CSU darum auch noch die 19 Mandate des BHE in die Regierungskoalition einbeziehen. Wenn man bedenkt, dass die CSU die Bayernpartei in ihrer Wahlpropaganda neben die Kommunisten gestellt und die Bayernpartei andererseits "Schluß mit der Flüchtlingsbevorzugung" gerufen hat, wäre eine solche Koalition ein recht merkwürdiges Konglomerat. In einer solchen Regierung hätte auch Dr. Hundhammer entweder als Kultusminister oder als Innenminister seinen Platz.

Theoretisch möglich wäre auch eine Regierung geführt von der SPD ohne CSU. Eine solche Regierung könnte sich auf 121 Abgeordnete stützen, wäre aber in sich so heterogen, dass sie ziemlich bewegungsunfähig sein müßte. Eine Koalition zwischen CSU und SPD, wie sie bisher bestand, dürfte abgesehen von dem Wunsch breitester CSU-Kreise, die gegen eine solche Lösung sind, auch kaum zu verwirklichen sein, da sich die SPD nicht an die Wand drücken lassen kann. Die SPD könnte aus einer Oppositionsstellung heraus wahrscheinlich erfolgreicher ihre kulturpolitischen Ziele verfolgen

\* \* \*

#### In Hessen siegte die soziale Front

Aufbauleistung der Regierung Zinn bestätigt

S., Frankfurt

Das mit großer Spannung erwartete Wahlergebnis in Hessen bedeutet zweifellos eine Bestätigung des vor vier Jahren von der Wählerschaft erteilten Auftrags an die SPD. Unzweifelhaft ist dem Ergebnis zu entnehmen, dass die Aufbauleistung der Regierung Zinn bei der Bevölkerung Anerkennung gefunden hat. Wie aus dem Anwachsen des sozialdemokratischen Stimmenanteils um mehr als 200 000 zu erkennen ist, gelang es der SPD auch bei den Bevölkerungskreisen Vertrauen zu erwecken, die sie vor vier Jahren noch nicht gewählt hatten. Dieser Erfolg gelang der Sozialdemokratie trotz der üblen Propagandamethoden der FDP und CDU, die das Mittel der Irreführung und sogar der Verleumdung nicht scheuten, um ihr Ziel, die SPD aus der

Wiesbadener Regierung zu verdrängen, zu erreichen.

Die Tatsache, dass die SPD trotz der Rekordwahlbeteiligung von über 82 % den hohen Stimmenanteil von 42,6 % erringen konnte, räumt im Übrigen mit der Meinung auf, dass hohe Wahlbeteiligungen der SPD keine Vorteile bringen könnten. Das hessische Landtagswahlergebnis zeigt im Gegenteil, dass die Sozialdemokratie auch bei hohen Wahlbeteiligungen siegreich sein kann. Es zeigt weiter, dass sie auch bei jenen Wählerschichten, die sich traditionell bürgerlich verpflichtet fühlen, in steigendem Maße Anklang findet. Die 33 % Sperre, die die SPD lange Zeit nicht überspringen konnte, ist in Hessen nunmehr zum zweiten Male eindeutig und klar überwunden. Auch die Theorie der Abnutzung der Regierungspartei wurde ad absurdum geführt. Dies geht auch schon daraus hervor, dass der Stimmenanteil der SPD, gemessen an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten, sowohl im Vergleich zu den Landtagswahlen 1950 (26,5 Prozent) - als auch gegenüber der Bundestagswahl 1953 (27,9 Prozent) wiederum erheblich, nämlich auf 34,2 Prozent, angestiegen ist.

#### Schwindende Vertrauensbasis der CDU

Zweifellos steht dieser sozialdemokratische Gewinn im engen Zusammenhang mit den offensichtlichen Aufbauleistungen Hessens unter der Regierung Zinn. Soweit jedoch außenpolitische Gesichtspunkte bei dieser Wahl eine Rolle spielen, wurden sie in erster Linie von der CDU und ganz besonders vom Bundeskanzler selbst in die Diskussion gebracht. Während die SPD um Vertrauen für die Regierung Zinn mit dem Hinweis auf die Leistungen der letzten vier Jahre und unter Darlegung klar umrissener Ziele für die nächste Landtagsperiode warb, forderten der CDU-Landesvorsitzende Fay und Bundeskanzler Adenauer die Bevölkerung immer wieder auf, die Kanzlerpartei zu wählen, damit die neue hessische Regierung im Bundesrat zur Stütze der Adenauerschen Außenpolitik werde. Dass dieser von der CDU geforderte Vertrauensbeweis für Adenauer von der hessischen Bevölkerung nicht erbracht wurde, sondern dass man vielmehr angesichts des Wahlergebnisses von einer Entscheidung gegen Adenauer sprechen muß, hat sich die CDU in erster Linie selbst zuzuschreiben.

Eine klare Absage an die Kanzlerkonzeption bedeuten nämlich nicht nur die 42,6 Prozent SPD Stimmen, sondern auch die 7,7 Prozent BHE-Stimmen die dieser Partei gegeben wurden, weil sie im Wahlkampf überall den Vor-

rang ihrer sozialen Forderungen vor den außenpolitischen Plänen des Bundeskanzlers betonte. Selbst die 20 % FDP-Stimmen sind keineswegs als Vertrauensbeweis für den Bundeskanzler anzusehen, wenn man an die Fehde zwischen Adenauer und Dehler denkt, die besonders im hessischen Wahlkampf ausgetragen wurde.

Dass die Bevölkerung im übrigen - und ganz besonders die Jugend - in Front zu den außenpolitischen Plänen des Bundeskanzlers zur Wiederaufrüstung, zur Saarlösung und zur mangelnden Initiative in Sachen Wiedervereinigung steht, sollte auch in Bonn als Maßstab für die natürliche Reaktion weiterer Bevölkerungskreise auf Adenauers Politik gewertet werden.

Als völlig falsch ist der Versuch zurückzuweisen, die Absage der Mehrheit der hessischen Bevölkerung an die Adenauer Politik als Ergebnis einer hemmungslosen "ohne mich"-Propaganda der SPD hinzustellen, zumal diese hemmungslose "ohne mich"-Propaganda der SPD nicht stattgefunden hat.

Die Entscheidung liegt beim BHE

Der SPD obliegt als der weitaus stärksten Partei die Verwirklichung des Wählerauftrags, die soziale Politik der Regierung Zinn fortzusetzen. Für die notwendig werdende Koalitionsbildung scheint der BHE in Hessen der geeignete Partner zu sein, mit dem die SPD im neuen Landtag über 51 Mandate (44 und 7) gegenüber den 21 Sitzen der FDP und 24 der CDU verfügen würde.

Wenn man berücksichtigt, dass der BHE auch im bisherigen Landtag die Aufbaupolitik der Regierung Zinn unterstützt hat und hinzunimmt, dass er seinen Wählern die Weiterführung einer sozialen Politik versprochen hat, so scheint sich die Bildung einer sozialen Koalition zwischen SPD und BHE anzubieten.

Hinzu kommt, dass der BHE nur von der SPD die Erfüllung seiner sozialpolitischen Forderung erwarten kann. Der BHE wird auch die Stimmung insbesondere bei den Flüchtlingen berücksichtigen müssen, bei denen die Maßnahmen der Regierung Zinn, wie die Planung und Durchführung des Hessenplanes, hoch im Kurs stehen.

Zweifelloso werden CDU und FDP versuchen, den BHE zu einer Regierungsbildung nach Bonner Muster zu bewegen. Dies entspräche jedoch ganz sich nicht den Wünschen und Vorstellungen des größten Teils seiner Wählerschaft. Der Versuch der Gleichhaltung Hessens mit der Bundespolitik würde angesichts dieses Wahlergebnisses bei der Bevölkerung höchsten Unwillen hervorrufen. Der BHE wird, da er in Hessen für die Regierungsbildung das Zünglein an der Waage darstellt, seine Entscheidung unter Berücksichtigung der klar zum Ausdruck gekommenen Wählerwillens treffen müssen.

\* \* \*  
-----  
Verantwortlich: i.V. Albert Exler